

## Kein Ort für Nazis. Nirgendwo.

Die NPD versucht in den Kommunen unserer Region Fuß zu fassen. Nun sorgt das geplante „NPD-Schulungszentrum“ in Rauhen für neuerliche Unruhe.

Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag 2004 war die NPD bemüht, in ein weiteres Landesparlament einzuziehen. Nach Wahlschlägen in mehreren Bundesländern und bei der Bundestagswahl 2005 überwandt sie bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern die 5-Prozent-Hürde. Überall, wo sie in Erscheinung tritt, verfolgt sie die Strategie, zuerst in den Kommunen Fuß zu fassen und sich in den kommunalen Ebenen zu verankern.

Auch in Brandenburg, auch in Oder-Spree, bei uns.

Dabei ist der Kauf des Rauener Johanneshofes nur ein erneuter Höhepunkt. Ob hier das seit einiger Zeit immer angekündigte zentrale „Schulungszentrum“ (die NPD-Bundesspitze dementiert dies) entstehen soll oder eine „deutsche Waldorfschule“ (der Waldorfschulenbund kündigte hierzu empört Widerstand an) ist vor diesem Hintergrund fasst nebensächlich. Die NPD versucht im Alltag Fuß zu fassen. „Die Gefahr ist ernst,“ betonte Lothar Bisky, „dass die NPD den öffentlichen Raum schleichend für sich einzunehmen versucht und damit auch ihr antidemokratisches und fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet und die Atmosphäre im Land vergiftet.“ Hier tut Aufklärung not. Denn derart aufgeklärte Menschen fallen nicht auf die NPD-Strategie rein.

Seit über einem Jahr versucht bei uns in Oder-Spree die NPD, geleitet vom Bundessprecher Klaus Baier, mit Regionalthemen offensiv aufzutreten. Wir erleben die Nazis

beim VIVA-Streik in Storkow, bei der Bildungsdemo in Fürstenwalde. Sie nehmen teil am Lauf während des Frühlingfestes in Fürstenwalde und feierten ein Kinder- und Familienfest mit „Malwettbewerben, Hüpfburg, Tauziehen, Sackhüpfen,

Schöneiche“ haben sie gleich ein Informationsblatt entwickelt, mit welchem sie „ein ungefiltertes Bild über die Nationaldemokraten“ aufzeigen wollen und gleich mal wetternd gegen Bürgermeister Jüttner und seine linksradikalen Antifaschisten aus Erkner loslegen. Und Florian Stein, NPD-Ortsvorsitzender in Schöneiche, bewarb sich gleich mal als „Koordinator gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt“ in Schöneiche. Bürgermeister Jüttner tat gut daran, hier nicht den Bock zum Gärtner zu machen.

Doch die Hetze bleibt gleich:

Gegen Demokraten – links wie konservativ, gegen Ausländer, gegen Schwule und Lesben, gegen alle, die in das deutschtümbe Weltbild der Nazis nicht passen. Sie wollen sie sich als bessere Alternative zeigen.

Das wird nicht gelingen – das darf nicht gelingen. Nazidenken darf keinen Platz haben – in unseren Köpfen und Herzen. Das ist dann auch die beste Antwort auf ein Nazi-Schulungszentrum. Es hat dann nämlich keine Kunden.

*Stephan Wende, Kreisvorsitzender LINKEN im Oder-Spree-Kreis*

# Nazis raus



# aus den Köpfen

kostenfreier Verpflegung für die ‚Kleinen‘... Aber auch die ‚Großen‘ wurden mit Kaffee, Bier- und Grillspezialitäten sowie anregenden Gesprächen verwöhnt und unterhalten“, so die Internetseite der NPD-Oderland. Und sicher starten Mitglieder des Kreisverbandes Oderland beim Radschirmützel in Storkow und präsentieren sich dabei offen mit NPD-T-Shirt.

Und sie rüsten auf – strukturell und propagandistisch. Neue Ortsverbände und Nazi-Stützpunkte entstehen, so als letztes in Schöneiche geschehen. Mit „Wir in

### In dieser Ausgabe:

Bürgerinnen und Bürger sind wachsam **2**

NPD-Verbot jetzt **2**

Spaniens Himmel breitet seine Sterne **5**

Eine Fähre für Aurith **6**

Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken **6**

„Ihr holt Krieg und Terror in unser Land.“ **7**

Frieden – keine Utopie **8**

Der lange Atem kurzbeiniger Lügen **8**

Otto Häuser, unser Ottokar Domma, ist tot **9**

Bundeswehr raus aus Afghanistan **11**

Wer etwas erreichen will, muss kämpfen! **12**

LINKE sammeln seit dem 1. Mai 358 Unterschriften zum NPD-Verbot

## Bürgerinnen und Bürger sind wachsam



zusetzen. „Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues ‚Deutsches Reich‘ ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab“, heißt es im Unterzeichnungstext.

Hier zwei Schöneicher Bürger mit ihrer Meinung:

Die ehemalige Lehrerin Dr. Hilde Maier erinnert sich an ganz persönliche Erfahrungen mit den Nazis in Kindheit und früher Jugend sowie an Erkenntnisse aus der deutschen Geschichte: „Eine Partei in der Tradition der NSDAP darf nicht noch einmal Verderben über unser Volk und die ganze Menschheit bringen.“

Prof. Rainer Stachuletz bezeichnet die Manöver der Rechtsextremisten als gefährliche Dummheit und Intoleranz, der mit aller Konsequenz begegnet werden muss. Und er empört sich darüber, dass Steuergelder fließen, solange die NPD erlaubt ist. Daher seine Stimme zum Aufruf „NPD-Verbot jetzt!“

Seit dem 1. Mai hat die Linke Schöneiche 358 Unterschriften gesammelt. Als Mitglied des Schöneicher Bündnisses für Demokratie und Toleranz wird DIE LINKE Schöneiche weiterhin zur Unterschrift aufrufen, denn: Jede Stimme zählt!

*Beate Simmerl, Schöneiche*



Gemeindevertreter *Erich Lorenzen (DIE LINKE)* drückt seinen Protest mit einer Schubkarre voller Stallmist unmissverständlich aus.

10. Juni 2007, Heimatfest in Schöneiche: DIE LINKE Schöneiche bekommt für ihr klares Bekenntnis zum NPD-Verbot im Festumzug viel Beifall.

„Wir sind froh, in dieser aktiven Gemeinde zu leben, in der es Aktionen wie diese Unterschriftensammlung gibt. Den Aufruf der Linken in ‚Schöneiche Konkret‘ haben wir uns gleich im Terminkalender vermerkt.“ So Bürgerinnen und Bürger, die am 14. Juli zum Unterzeichnen ins Ortzentrum gekommen waren.

163 Jüngere wie Ältere gaben ihre Zustimmung zu der deutschlandweiten Initiative der VVN-BdA, sich für ein Verbot der NPD ein-



4. August: 105 107 Unterschriften für Kampagne

## NPD-Verbot jetzt

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) begann am 25. Januar dieses Jahres die bundesweite Kampagne „nonpd – NPD-Verbot jetzt!“ das Ziel bestand darin, bis zum 9. November 100 000 Unterschriften unter einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu sammeln, in dem sie aufgefordert werden, ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD auf den Weg zu bringen.

Mit Beginn der Kampagne befand sich die VVN-BdA auf einer wahren Sympathiewelle. In unerwarteter Breite entwickelten vor allem junge Leute in großer Zahl ideenreich Initiativen, um Unterschriften zu sammeln. Immer wieder war zu hören, dass endlich aktiv gegen diese unangenehme Erscheinung in der BRD vorgegangen wür-

de. Es reiche nicht zu reden und den Aufstand der Anständigen zu fordern, die Aktion sei wichtig, die Auseinandersetzung mit den Neofaschisten und die Wahrnehmung von Verantwortung durch die Zuständigen. „Diese breite Bewegung für das NPD-Verbotverfahren ist ein sichtbares Zeichen von bürgerschaftlichem antifaschistischem Engagement“, sagte der Vorsitzende der VVN-BdA Heinrich Fink.

Die Menschen brachten Zustimmung zur Kampagne und überwiegend die konsequenten Ablehnung dieser Partei zum Ausdruck. Industriegewerkschaften beschlossen die Unterstützung der Kampagne, Jugendverbände, Vereine, Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien, Kirchengemeinden, Verbände ... und immer wieder viele engagierte Einzelpersonen identifizierten sich mit einem NPD-Verbot.

Neonazis stahlen in einer Kirche ausgelegte Unterschriftenlisten. Die Gemeindeglieder schlossen sich noch enger zusammen und sammelten nun erst recht Unterschriften. In Biergärten, auf Pressefesten, bei Konzerten, auf dem Kirchentag in Köln – überall bekundeten Menschen mit ihrer Unterschrift, dass sie ein Aktivwerden der politischen Verantwortungsträger für ein Verbot der NPD fordern. Zugleich wurde immer wieder übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass mit einem Verbot der Partei die Auseinandersetzung mit ihrer Ideologie und Erscheinungen des Neofaschismus nicht aufhören dürfe. Bis zum Ende der Kampagne am 9. November gilt es, keinen Moment nachzulassen, den breiten Volkswillen durch Unterschriften zu dokumentieren.

*Gerhard Hoffmann  
VVN-BdA Frankfurt (Oder)*

Unterschriftenlisten und Infos:  
[www.npd-verbot-jetzt.de](http://www.npd-verbot-jetzt.de)

- Lebenshilfe für Umgang mit Rechtsextremismus und seinen Anhängern
  - orientiert an alltäglichen Situationen – wie wehrt man sich gegen Rechtsextreme – wie sucht und findet man Verbündete – wie wird man selbst aktiv und solidarisch mit jenen, die rechts-extremer Gewalt ausgesetzt sind
- [www.linksfraktion.de/publikationen](http://www.linksfraktion.de/publikationen)



In Schöneiche Bündnis für Demokratie und Toleranz gegründet

## „Der Slogan vom Kampf gegen Rechts ist mir zu billig“

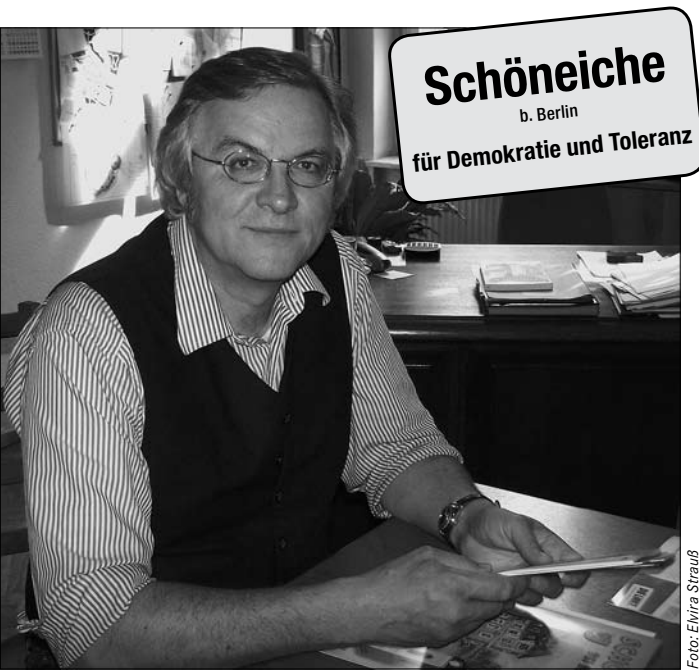


Foto: Elvira Strauß

Eine Bürgeraktion hat in Schöneiche unterschiedliche Menschen für die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gedanken zusammengeführt („WIDERSPRUCH“ berichtet in Nr. 4/2007 auf Seite 27).

April 2007. Die Antifa-Gruppe aus Erkner meldet: Am 20. April soll in einer Gaststätte in Schöneiche eine Ortsgruppe der NPD gegründet werden. Telefone klingeln, E-Mails werden verschickt. Am 11. April treffen sich 35 Menschen aus verschiedenen Parteien, Vereinen, Kirchen und Einzelpersonen, um zu beraten, wie ein Zeichen für Toleranz und Demokratie zu setzen

*Heinrich Jüttner, Bürgermeister der Waldgärtenerkulturgemeinde Schöneiche, ist Mitglied des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Rechts“*

### VVN-BdA Brandenburg vor der Gründung

Im Land Brandenburg arbeitet eine Initiativgruppe von Antifaschistinnen und Antifaschisten an der Gründung eines Landesverbandes Brandenburg der VVN-BdA. Er soll offen sein für alle, die jede Form von Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus ablehnen und für friedliche, demokratische und humane Verhältnisse, für eine menschenwürdige Zukunft eintreten. Leitmotiv für den Anspruch, antifaschistische Arbeit im Land Brandenburg zu organisieren, zu bündeln und zu koordinieren, ist über Trennendes hinweg der Kerngedanke des Schwurs von Buchenwald: „*Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.*“

Kontakt: Interessengemeinschaft VdN Brandenburg, c./o. Felicitas Schwarzlose, Hildburghäuser Str. 56, 16515 Oranienburg, Tel. (033 01) 58 22 14, Fax 20 20 68

sei. Das „Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Rechts“ entsteht nach 1998 neu und beschließt gemeinsam mit den Gastwirten: „In unseren Gaststätten ist kein Platz für rechtsextremes Gedankengut.“ Tatsächlich sind am 20. April ab 18 Uhr die Lokale in Schöneiche voll. 150 Bürgerinnen und Bürger jeden Alters essen, trinken und reden darüber, dass Schöneiche eine bunte, tolerante Gemeinde bleiben muss. Die Neonazis weichen nach Woltersdorf aus.

Die Gründung einer NPD-Ortsgruppe konnte zwar nicht verhindert werden, da diese Partei nicht verboten ist, aber die Zivilgesellschaft machte mit dieser ersten gemeinsamen Aktion deutlich, dass rechtsextreme Politik in der Waldgartenstadt vollkommen unerwünscht ist. Das Schöneicher Bündnis wird weitere Veranstaltungen organisieren und kontinuierliche Präsenz zeigen. Ein Plakat mit der Aufschrift: „Schöneiche bei Berlin. Für Demokratie und Toleranz“ am Rathaus zeugt davon.

„Der Slogan vom Kampf gegen Rechts ist mir zu billig. Er zwingt die demokratischen Kräfte immer nur zum Reagieren. Rechtsextremes Gedankengut hat es in Deutschland und in der Welt leider immer gegeben und wird es sicherlich immer geben. Verbote nutzen nichts. Wichtig ist, dass die links- und rechtsextremen Kräfte, die unsere Demokratie zerstören wollen, nicht die Mehrheit bekommen, wie zum Ende der Weimarer Republik. Es kommt mir darauf an, Populismus und Demagogie jeder Art den Boden zu entziehen und zu zeigen, dass Demokratie und Toleranz Positives für das tägliche Leben eines jeden Menschen bringen“, erklärt Heinrich Jüttner, seit 11 Jahren parteiloser Bürgermeister in Schöneiche.

Das ist kein bloßes Lippenbekenntnis. Man spürt es, wenn Heinrich Jüttner über seine Arbeit in und für seine Gemeinde spricht. „Demokratie wirkt 24 Stunden am Tag“, sagt er. Die rund 12 000 Schöneicher Bürgerinnen und Bürger merken es. Sie werden gefragt, wenn es um die Beratung des Haushalts, die Planung der Schulstandorte, den Bau neuer Kitas und

Straßen oder um die Förderung der Umwelt und der Kultur geht. In Schöneiche lässt es sich gut leben. Die Einwohnerzahl stieg ab 1995 rasant um etwa 7 000 Menschen darunter viele Familien mit Kindern. Obwohl auch etwa 3 000 ehemalige Einwohner Schöneiche verließen, boomt die Gemeinde am Rande der Hauptstadt. Schwerpunkte der Kommunalpolitik sind die Kita- und Schulentwicklung sowie die Ökologie. „Weil wir die so genannten weichen Standortfaktoren hervorheben und wir langsam deutschlandweit bekannt werden, interessieren sich Menschen für das Wohnen in unserer Waldgartenstadt und Unternehmen investieren auch hier“, erklärt Heinrich Jüttner. In Schöneiche gibt es mehr Bäume als Einwohner, 1 050 meist kleine Gewerbebetriebe, 1 500 Arbeitsplätze und die Straßenbahn, die eine schnelle Verbindung mit Berlin garantiert.

### Konflikte tolerant lösen

Eine Insel der Glückseligen, könnte man denken. „Natürlich gibt es auch bei uns Probleme – mehr als uns manchmal lieb ist. Arbeitslosigkeit und fehlende Finanzmittel sind da nur zwei von vielen“, wehrt Heinrich Jüttner ab. „Konflikte gehören zur Demokratie. Entscheidend ist, wie sie gelöst werden – tolerant oder diktatorisch, zum Nutzen der demokratischen Gesellschaft oder im Sinne Einzelner.“ Der Bürgermeister plädiert dafür, alle Einwohner gründlich über die anstehenden Probleme zu informieren, offen über jede Entscheidung in der Kommunalpolitik zu beraten, und sie unter der Kontrolle der Einwohner zu realisieren. „Das Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz, dem ich natürlich angehöre, will verhindern, dass bei der nächsten Kommunalwahl Rechtsextreme in die Gemeindevertretung von Schöneiche einziehen. Sollte uns das aber nicht gelingen, wird die Auseinandersetzung mit Ausländerfeindlichkeit und Gewalt eben direkt in der Gemeindevertretung geführt. Ich vertraue den demokratisch legitimierten Kräften und Institutionen in unserem Ort.“

*Dr. Elvira Strauß*



Zivilgesellschaftliche Bündnisse verteidigen die Demokratie gegen Rechts

## Wir alle sind gefordert



len alle diejenigen profitieren, die zur „völkischen“ Gemeinschaft gehören. Verkehrsprobleme, Schulschließungen oder Sorgen der Kleingärtner – die Rechtsradikalen versuchen daran anzuknüpfen.

Den rechtsradikalen Gruppierungen geht es nicht nur um die Gründung eigener Ortsverbände, die zu den nächsten Kommunalwahlen antreten sollen. Sie suchen charismatische Menschen und finden sie leider in Stammtischrunden, Wohnstuben, Bekannten-, Freundes- und Arbeitskreisen, in Vereinen, Verbänden und Parteien. Dort sind entsprechende Äußerungen dann auch laut und eben nicht nur hinter vorgehaltener Hand zu hören. Stereotype Vorbehalte gegenüber Ausländern werden manchmal unbesehen weitergegeben oder kritiklos akzeptiert. Nationalistische Phrasen, rassistische Überheblichkeiten, ethnisch-kulturelle Vorurteile und sozio-ökonomisch motivierte Vorbehalte gegen Ausländer finden sich im verbreiteten Alltagsgespräch in einer gefährlichen Mischung. Politik- und Politikerverdrossenheit, der verloren gegangene Glaube an die Wirksamkeit der Demokratie und politische Resignation lassen immer mehr Menschen zu dem Schluss kommen, nicht einmal mehr wählen zu gehen, denn „die da oben würden doch machen was sie wollten.“

Auf Grund aktueller Entwicklungen ist es für alle demokratischen Parteien und für Verbände und Vereine in unserem Landkreis besonders wichtig, sich mit konkreten rechtsradikalen Anschauungen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Wir müssen zeigen, dass hier kein Platz ist für nationalistisches, rassistisches, fremdenfeindliches und antidemokratisches Gedankengut“, sagt Ray Kokoschko vom *Mobilen Beratungsteam Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie*. „Der Respekt vor allen Personen und die Garantie ihrer körperlichen Unversehrtheit sind die elementaren Voraussetzungen einer zivilen Gesellschaft. Eine solche Kultur der Anerkennung kann nicht verordnet werden, sie muss gesellschaftlich erlernt und trainiert werden. Ein Verbot der NPD

allein und eine erweiterte polizeiliche Repression, die um der möglichen Opfer willen höchst wichtig ist, finden hier deutliche Grenzen. Eine heterogene Gesellschaft kann nur funktionieren auf der Grundlage wechselseitiger Achtung, unter Wahrung ziviler Formen der Konfliktaustragung und einem Maximum politischer Beteiligung“, meint der studierte Soziologe.

**Kein Platz für nationalistisches, rassistisches, fremdenfeindliches und antidemokratisches Gedankengut in unserer Gesellschaft**

Wir Mitglieder der LINKEN tragen eine besondere Verantwortung. Auf den ersten Blick decken sich scheinbar einige Politikfelder, die die rechtsradikalen Aktivisten besetzen wollen, mit denen unserer Partei: Die Sorgen der *kleinen Leute*, der Kampf gegen Hartz IV und das große Ziel, der Überwindung imperialistischer Strukturen. Daher ist es wichtig, uns abzugrenzen und immer wieder deutlich hervorzuheben, dass wir völlig andere Politik- und Lösungsansätze vorschlagen. Wir engagieren uns für eine Gesellschaft auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik, für den Ausbau demokratischer Strukturen, für Frieden, Gleichberechtigung, Toleranz und internationale Solidarität. Damit setzen wir unseren, mit der Wende eingeleiteten Lernprozess fort. Die LINKE hat die Weisheit nicht gepachtet und erhebt keinen Führungsanspruch. Die Idee, dass wir die *einzig wahren Antifaschisten* seien, führt in die Isolation. Wo dies endet, zeigte die deutsche Geschichte.

In umfassenden zivilgesellschaftlichen Bündnissen, mit einer Kommunalpolitik, die alle Menschen einbezieht (aufsuchende Politik), in konsequentem und zugleich tolerantem Umgang mit Meinungs- und Interessenunterschieden liegen die Chancen der Demokratie.

Um vor Ort wirksame Strategien und Kompetenzen zu entwickeln, bietet auch uns das Mobile Beratungsteam des brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung seine Hilfe an.

Dr. Elvira Strauß, Erkner

### Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro  
Frankfurt (Oder)  
Postfach 1344  
Große Oderstraße  
26/27,  
15203 Frankfurt  
(Oder)

### Kontakt

Tel. (03 35) 5 00 96 64  
Fax (03 35) 5 00 96 65  
E-Mail: [mbt-ff@BIG-demos.de](mailto:mbt-ff@BIG-demos.de)

Ray Kokoschko  
Tel. (01 72) 3 26 22 33  
Robin Kendon  
Tel. (01 77) 4 11 61 30

### Internet:

[www.mobilesberatungsteam.de](http://www.mobilesberatungsteam.de)

So mancher Bürger unseres Landkreises hatte sicher in den letzten Wochen und Monaten ungebetene Post im Briefkasten. Absender die NPD. Landes-, Kreis- und Ortsorganisationen machen mobil. Sie wollen in unsere Köpfe, in die Parlamente und auf lange Sicht an die Macht.

### Alte Ziele im neuen Gewand

Rechtsextrem und rassistisch geleitete Werte- und Verhaltensmuster werden in der Öffentlichkeit nur noch selten demonstrativ und aggressiv propagiert. Man gibt den netten, freundlichen Menschen, der nur das Beste für die Menschen hier möchte. Die Strategie, die Zielgruppe und das Outfit haben sich seit einigen Jahren geändert. Man zielt in die Mitte der Gesellschaft, knüpft an die Gesellschaftskritik und den Frust der Menschen an, die sich ausgeschlossen fühlen. Hartz IV wird bekämpft, vom gesellschaftlichen Reichtum sol-



11. November 2006, Seelow: Alte und neue Nazis feiern ihr „Heldengedenken“ – Antifaschisten protestieren dagegen

# Spaniens Himmel breitet seine Sterne ...

Kommunen aus Frankreich und Spanien haben sich im Verein „Erde der Brüderlichkeit“ („Brüderliche Welt“) zusammengeschlossen

Ihr gemeinsames Anliegen ist es, die Erinnerung an den Kampf zur Verteidigung der zweiten Spanischen Republik 1936 bis 1939 und an den antifaschistischen Widerstand in Südfrankreich lebendig zu halten und heutigen Generationen das Erbe dieser Kämpfe nahe zu bringen. Teil dieser Bemühungen war ein Kongress in Mora (Stadt südlich von Madrid in Katalonien). Er beschäftigte sich mit

- der Entwicklung der politischen Lage von der sowjetischen Oktoberrevolution bis zur II. Spanischen Republik (1917 bis 1931),
- der politischen und sozialen Lage zur Zeit der II. Spanischen Republik und dem faschistischen Putsch,
- den Interessen und den Mitteln der europäischen Regierungen im Konflikt und dem Eingreifen ausländischer militärischer Kräfte sowie mit der
- Entwicklung seit dem Ende des spanischen Krieges und der Straffreiheit für Kriegsverbrechen in Spanien.

Zur Eröffnung sprachen der Bürgermeister von Mora d' Ebre, eine Vertreterin der Katalanischen Landesregierung und der Präsident von „Erde der Brüderlichkeit“.

Am Flughafen Barcelona begrüßte uns Enrique Urraca de Diego. Während der Wartezeit auf weitere Ankömmlinge erzählte er aus seinem Leben. Da war dann von den

Jahren des Exils in Frankreich die Rede, und von der großen Familie eines Onkels, bei dem er Aufnahme gefunden hatte. Es ist schon beeindruckend, diese Geschichte von einem Gleichaltrigen zu hören, wenn man selbst eine behütete Kindheit und Jugend hatte.

In Mora bemühten sich viele Jugendliche um das leibliche Wohl der Kongressteilnehmer. Als wir uns für die fleißige Arbeit erkenntlich zeigen wollten, wiesen sie das Geld zurück. Wir erfuhren: Der Vater eines der Jugendlichen unterstützte den Kongress als Gastwirt. Sein Sohn engagierte sich für den gastronomischen Service und seine Freundinnen und Freunde halfen dabei. So dokumentieren junge Leute in Spanien heute ihre Position zur Verteidigung der Republik.

Eindrucksvoll auch ein anderes Ereignis am Rande des Kongresses. Da wurde in Mora durch den Bürgermeister das „Haus der Internationalen Brigaden“ eröffnet. Im Begleitprogramm treten junge Menschen aus Valencia in den Uniformen der republikanischen Streitkräfte auf. Und die Teilnehmer aus Deutschland singen „Spaniens Himmel breitet seine Sterne ...“

Danach kommen wir mit anderen Teilnehmern ins Gespräch. Einer hält mir seine geschwollene Hand hin und sagt: „Das war die deutsche Polizei in Heiligendamm.“ Wir reden Englisch, denn

der junge Mann kommt aus Wales. Er trägt hier die Uniform der Spanischen Republik – so, wie er in Heiligendamm mit der Clownsarmee agierte.

Aus Deutschland kam der Dokumentarfilmer Daniel Burkholz. Er hatte im vorigen Jahr die Reise von Interbrigadisten durch Spanien dokumentiert. Am Wochenende vorher hatte sein Film im Berliner „Babylon“ Premiere und die Veranstalter des Kongresses nahmen seinen Film kurzfristig in das Programm. Ich denke, wir sollten ihn auch zu uns in den Landkreis einladen.

Über alle Unterschiede hinweg waren die Teilnehmer des Kongresses durch die Tradition des antifaschistischen Kampfes verbunden.

Einer der Unterschiede macht gerade die Anforderungen an unsere politische Arbeit deutlich: Der deutsche Faschismus wurde im Ergebnis des von ihm entfesselten blutigen Krieges zerschlagen. In Spanien ist der Faschismus im Bett gestorben. Ohne eine Auseinandersetzung mit seinen Verbrechen hat sich Spanien unter Juan Carlos an die westeuropäische Normalität assimiliert.

Aktiver und kämpferischer Antifaschismus ist dort wie hier notwendig. Der Mut der Interbrigadisten ist auch in dieser Auseinandersetzung gefragt.

*Dr. Artur Pech, Schöneiche*

## Antifaschismus und Frieden (aus Artur Pechs Rede in Mora)

Angesichts meiner Herkunft habe ich mich oft mit dem Vorwurf des im Land meiner Geburt, meiner Bildung und meines Reifens herrschenden „verordneten Antifaschismus“ auseinander zu setzen. Immerhin lebe ich jetzt in einem Land, in dem das Verbot der KPD noch geltendes Recht ist, ein Verbot der neonazistischen NPD aber aus rechtsstaatlichen Gründen bisher verhindert wurde. Als Zeitungsleser in Deutschland muss man zu der Schlussfolgerung kommen: Es sind die Spitzel des Verfassungsschutzes in der NPD, die diese Partei vor einem Verbot schützen.

Die Auseinandersetzung nicht nur mit den Erscheinungsformen und Methoden sondern vor allem auch mit den

Wurzeln der „Nichteinmischungspolitik“ der Westmächte gegenüber der zweiten Spanischen Republik ist von sehr aktueller Bedeutung. In verschiedenen Teilen der Europäischen Union müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass neofaschistische und auch direkt faschistische Aktivitäten zunehmen. Angehörige der letzlichen SS beziehen deutsche Renten. In Deutschland ist mit der NPD eine Partei aktiv, die symbolträchtig politische Aktivitäten mit dem Geburtstag von Hitler verbindet. Und in Spanien stand ich noch im vorigen Jahr auf einem General-Franco-Platz (Lanzarote).

Ich stimme mit Kurt Julius Goldstein, einem Interbrigadisten überein, wenn er auf die Frage: nach der heutigen Funk-

tion faschistische Parteien antwortet: „Man duldet sie, sie werden aktionsfähig gehalten für Situationen, in denen sie gebraucht werden. Gegen die Linke, gegen uns! Die Herrschenden wissen, dass sie Millionen, von Erwerbslosen produzieren. Und sie wollen die Ausbeutung verschärfen. Da brauchen sie dann die Nazis, um die Linken nieder zu halten.“ („Freitag“, 3. 11. 2006)

Zur aktuellen Wahrheit gehört für mich auch: Ich war tief beeindruckt, als ich vor einigen Jahren nicht nur in großen Städten sondern auch in kleinen spanischen Dörfern sehr sichtbare Zeichen des Protestes gegen die Aggression gegen den Irak sah. Und dieser Protest hat ja in Spanien auch Wirkung gezeigt.



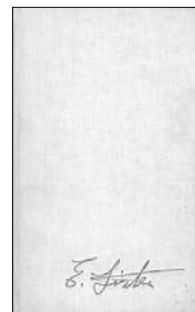
### Literaturhinweise



**Der spanische Krieg**  
Ludwig Renn  
Das Neue Berlin  
ISBN 3-360-01287-9



**Wir sind die letzten - fragt uns**  
Kurt Goldstein –  
Spanienkämpfer,  
Auschwitz- und  
Buchenwald-  
Häftling; Reden  
und Schriften  
(1974–2004),  
2. stark erw. Auflage  
Pahl-Rugenstein,  
Bonn, 2005.  
ISBN 3-89144-362-5



**Unser Krieg**  
Enrique Lister  
Deutscher Militär  
Verlag,  
Berlin 1972

MdL Helga Böhnisch auf Sommertour

## Eine Fähre für Aurith



Helga Böhnisch (2. v.r.) im Gespräch mit Vertretern der Bürgerinitiative „Ziltendorfer Niederung“

Der Ort Aurith an der Oder, indem die Sommertour der Landtagsabgeordneten Helga Böhnisch Station machte, beschreibt sich im Internet sympathisch und weltoffen: „In unserem Dorf leben 61 Einwohner, davon 15 Kinder und Jugendliche. In den Oderwiesen sind Biber, Wiesel und Wasserschlangen zu Hause. Der selten gewordene Eisvogel brütet auch bei Aurith. Unsere zwei Storchenpaare besuchen uns jedes Jahr, um ihre Jungen bei uns aufzuziehen. Es gibt aber auch ein Pferd und zwei Esel bei uns.“

### Hier herrscht Frieden

... meint man, doch merken wir schnell, dass der Frieden in Gefahr ist. Denn im Land wird darüber nachgedacht, eine Brücke über die Oder nach Polen für den PKW- und LKW-Verkehr in oder bei Aurith mit Anbindung durch die Ziltendorfer Niederung zu bauen.

Dabei würden nicht nur die heimisch gewordenen Eisvögel ihr Brutgebiet verlieren, sondern auch die eingerichteten Naturschutzgebiete geschädigt werden. Die Ziltendorfer Niederung ist der Überwinterungsplatz vieler Zugvögel. Es gibt es ein Seeadlerpaar in der Niederung, das sicher auch auswandern würde. Die einzigartigen Auenwälder der Niederung sind einige der letzten in Europa. „Dieses einmalige Naturgebiet in der Ziltendorfer Niederung mit seiner Tier- und Pflanzenvielfalt muss erhalten werden!“ so Heiko Scholz von der Bürgerinitiative im Gespräch mit Helga Böhnisch.

Die Landtagsabgeordnete ist wieder hier, um sich gemeinsam mit

der Bürgerinitiative abzustimmen. „Das Handeln vor Ort muss mit dem Handeln in Potsdam einhergehen, wenn wir erfolgreich sein wollen.“ erklärt mir Helga Böhnisch.

### Eine Oderbrücke ja – für Eisenhüttenstadt

Und ergänzt gleich: „Und erfolgreich sind wir, wenn es die notwendige Brücke zwischen Brandenburg und Polen in der Nähe Eisenhüttenstadts gibt, denn dort ist sie dringend notwendig und dort ist sie gewollt: von der Stadt und dem EKO. Hier in Aurith brauchen wir das, was dieser Region angemessen ist. Einen kleinen Grenzverkehr zur Begegnung. Eine Fährverbindung zwischen Aurith und Urad.“

Für diese Auffassung erfährt Helga Böhnisch viel Zustimmung von der Bürgerinitiative, die ihrerseits in den letzten Wochen über 1.600 Unterschriften gegen den Brückenbau gesammelt hat und sich im bevorstehenden Raumordnungsverfahren aktiv einbringen will. Der Unterstützung Helga Böhnischs dabei können sie sich sicher sein. „Und auch Lothar Bisky, Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus der Region, unterstützt die Bürger vor Ort.“ informiert Helga Böhnisch.

### Eine Fähre nach Polen reicht aus

Im Raumordnungsverfahren „werden alle vier vom Landesbetrieb Straßenwesen in das Verfahren eingebrachten Varianten gleichrangig behandelt und nach gleichen Maßstäben beurteilt“ erfuhren die LINKEN im Landtag, als sie hinterfragten, ob der befürchtete Grenzübergang bei Aurith ein Gerücht oder schon inoffiziell beschlossene Sache ist. „Wenn alle vier Varianten tatsächlich gleichberechtigt betrachtet werden, erwartet man eigentlich ein faires Verfahren“, sagt Lothar Bisky. „Und hoffentlich eine Entscheidung der Vernunft.“ fügt er leise hinzu.

Stephan Wende

Lothar Bisky, MdB, trifft sich mit der Bürgerinitiative am **29. August um 13 Uhr im „Bauernstübchen“ in Aurith**. Interessierte sind herzlich eingeladen.



Rot-roter Senat verabschiedet neues Integrationskonzept

## Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken

... so das Motto des ersten Integrationskonzept von 2005 des Berliner Senat. Seit Juni gibt es nun eine Neuauflage des Berliner Integrationskonzeptes.

In sieben Themenbereichen wurden Handlungsfelder beschrieben, klare und überprüfbare Ziele definiert und 45 Leitprojekte dazu entwickelt, die in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden sollen. Federführend bei der Erstellung der Vorlage war die Senatsverwaltung unserer Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Heidi Knake-Werner.

Etwa jeder achte Berliner hat keine deutsche Staatsbürgerschaft. Die Arbeitslosigkeit unter Migranten ist fast doppelt so hoch, verglichen mit der Gesamtbevölkerung. Auch wenn der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an den Gymnasien gestiegen ist, verlassen es nur wenige mit einem Abitur. Ein überproportional großer Teil der jugendlichen Migranten besucht die Hauptschule. Die Ausbildungsquote unter ihnen ist besonders niedrig. In der Folge von Arbeitslosigkeit und Armut kommt es zur Abschottung, Resignation und Perspektivlosigkeit. Bildung und Zugang zum Erwerbsleben ist also eine der Voraussetzungen für gelungene Integration.

Den Schwerpunkt bilden die Themen *Arbeit und Ausbildung* sowie die *Interkulturelle Öffnung der Verwaltung*.

Mit Hilfe einer modularisierten Ausbildung sollen nun auch Jugendliche ohne Schulabschluss auf das Berufsleben vorbereitet werden und Teilqualifikationen erwerben können. Im Ausland erworbene Qualifikationen sollen leichter anerkannt werden, und die bezirklichen Bündnisse für Arbeit und Wirtschaft sollen zukünftig stärker mit Migrantenorganisationen zusammen arbeiten.

Einige der Leitprojekte stehen ohnehin auf der Agenda der Berliner Politik, wie zum Beispiel die Erweiterung des kostenlosen Kita-Besuchs, oder die Gemeinschaftsschule.

Auch das neue Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellt eines der Leitprojekte dar.

Doch so fortschrittlich das neue Integrationskonzept auch ist, so ehrgeizig ist dieses Projekt zugleich. Denn Berlin steckt noch immer in einer Haushaltsnotlage und um die Finanzierung der Projekte und die gewünschten Neueinstellungen in der Verwaltung wird man noch kämpfen müssen.



Julia Wiedemann, Studentin, Landesvorstandmitglied der LINKEN Berlin



Offener Brief von Ulrich Maurer an Peter Struck (26. 7. 07)

# „Ihr holt Krieg und Terror in unser Land.“

Werter Peter Struck,

Dein Brief an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion hat uns erzürnt – und amüsiert.

Erzürnt hat uns, dass Du glaubst, uns als Rattenfänger und damit unsere Wählerinnen und Wähler als Ratten bezeichnen zu dürfen.

Erzürnt hat uns Dein Geständnis: Wir nehmen zur Kenntnis, dass Du und Deine Fraktion Gegner des Wohlfahrtsstaates sind, für den die SPD in den Zeiten von Willy Brandt noch gekämpft hat.

Amüsiert hat uns, dass Deine Fraktion unsere finanzpolitische Seriosität bezweifelt. Dieselbe Fraktion, die die Staatskassen geplündert hat, um Steuergeschenke für die Reichen und Konzerne zu finanzieren, und alle Finanzierungsvorschläge der LINKEN für ein gerechteres Steuersystem im Bundestag ablehnt.

Amüsiert hat uns, dass Ihr jetzt Betriebsrätekonferenzen abhalten wollt. Das machen wir schon seit zwei Jahren. Ihr seid herzlich eingeladen, Euch dort die ungeschminkte Meinung der Kolleginnen und Kollegen über Eure Politik anzuhören.

Und ganz besonders amüsiert hat mich, dass Du Dir „von den Medien in der Sommerpause keine Debatte über den Umgang mit der Linken aufdrücken lassen willst.“ Vielleicht hast Du mittlerweile gemerkt, dass Du mit Deinem Brief einen wesentlichen Beitrag zur Belebung dieser „Mediendebatte“ geleistet hast.

Ein Letztes:

Du glaubst, Krieg in Afghanistan führen zu müssen, um „außenpolitisch in der globalisierten Welt nicht in die Isolation zu geraten.“ Dann sind die mehr als 140 Staaten, die keine Hilfstruppen für die von den USA geführten Kriege stellen, alle in der Isolation? Die Wahrheit ist, dass Ihr es nicht wagt, Euch der Bush-Regierung zu widersetzen, und dafür lieber unschuldige Menschen sterben lasst. Ich empfehle Dir ein Wort der Heiligen Schrift: „Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen“. Ihr holt Krieg und Terror in unser Land. Das macht mich traurig, wütend und zornig.

*Mit freundlichen Grüßen,  
Ulrich Maurer*



**Ulrich Maurer**  
MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE.  
Geb. 29. 11. 1948 in Stuttgart, kath., verh., 2 Kinder. Rechtsanwalt. 1987–99 SPD-Vorsitzender Baden-Württemberg. 1990–2003 SPD-Bundesvorstand. 1995–99, 9/2000–11/01 Mitglied SPD-Präsidium. 6/2005 Austritt aus SPD. 1980–10/2005 MdL Baden-Württemberg. 1992–2001 Vors. SPD-Landtagsfraktion.

## Jetzt Mitglied werden!

### Mitmachen und einmischen!

Für einen gesetzlichen Mindestlohn.  
Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr.  
Für einen wirklichen Klimaschutz.  
Hotline 030/24009 555 oder im Internet unter [mitglied.die-linke.de](http://mitglied.die-linke.de)

Name .....

Vorname .....

Geburtsdatum .....

Beruf .....

Anschrift .....

Telefon .....

E-Mail .....

Datum, Unterschrift .....

Coupon ausfüllen, abtrennen und per Post an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder per Fax an 030/24009480

**DIE LINKE.**

### *Peter Struck im Juli 2007 in seinem Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten*

„[...] Die Medien versuchen, uns in der Sommerpause eine Debatte über den Umgang mit der Linken aufzudrücken. Davon lassen wir uns nicht beirren. Für uns gilt: Die vermeintlich neue Linke ist die alte Linke, die mit untauglichen Rezepten die Restauration des alten, nicht mehr lebensfähigen Wohlfahrtsstaates verspricht. Die Gründung der Linken ist nicht mit dem Aufkommen der Grünen in den siebziger Jahren zu vergleichen. Die Grünen hatten mit der Umwelt ein Zukunftsthema, während die Linke mit ihren Themen die Zeit zurückdrehen will. Für uns ist die Linke ein politischer Gegner wie alle anderen Parteien. Wir müssen ihre unseriöse Politik entlarven. Dazu wird unsere Planungsgruppe eine Dokumentation

erstellen, in der die finanzpolitischen Ungereimtheiten ihrer Vorschläge zusammengestellt werden.

Eine Politik, die jährlich mit ungedeckten Schecks in Höhe von 100 Milliarden Euro arbeitet, treibt den Staat in den Bankrott. Eine Politik, die uns außenpolitisch in die Isolation treiben würde, kann in der globalisierten Welt keinen Bestand haben.

Ihr seid das Führungspersonal der SPD, setzt Euch vor Ort mit diesen Rattenfängern auseinander.

Nach der Sommerpause sollten wir alle in unseren Wahlkreisen zu Betriebsrätekonferenzen einladen, um den Kolleginnen und Kollegen unsere Politik zu erläutern und die falschen Rezepte der Linken zu entlarven.

[...]“



Oderland-Friedenssymposium in Ratzdorf

## Frieden – keine Utopie

„Es gibt keinen Weg zum Frieden, der Frieden ist der Weg“, sagt Mahatma Gandhi. Dieser Weg führt durch den kleinsten Ort.

In diesem Geist trafen sich am 23. Juni 2007 in der Europäischen Begegnungsstätte Ratzdorf 25 Menschen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauung, unabhängig von Parteizugehörigkeit, Meinungen und Erfahrungen aus ihrem Friedenskampf auszutauschen und ihr Handeln abzustimmen. Sie kamen aus Berlin, Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder), dem Landkreis Oder-Spree, Neubrandenburg und Strausberg: Lehrer und Künstler, Journalisten, Abgeordnete, Techniker, Metallurgen, Offiziere; Beschäftigte und Erwerbsarbeitsuchende unterschiedlicher Altersgruppen. Eingeladen hatten *Mechtild Tschiersky*, *Dr. Ilona Weser* und *Ludmilla Hypius* vom „Friedenshaus Denkmal Am Wall“ aus Eisenhüttenstadt.

Die aufrüttelnden Anti-Kriegsbilder der Malerin *Rosemarie Güttler aus Groß-Lindow*, hingen im Tagungsraum. Aber nicht nur Künstler engagieren sich für eine friedliche Welt. Friedensfahrtidol *Täve Schur* meldete sich telefonisch aus Österreich, da er nicht persönlich nach Ratzdorf kommen konnte.

Oberstleutnant *Jürgen Rose*, der sich aus verfassungsrechtlichen, völkerrechtlichen und strafrechtlichen Gründen geweigert hatte, am Tornadoeinsatz in Afghanistan teilzunehmen, hatte die Organisatoren beauftragt, seine Gründe als Diskussionsbeitrag zu verlesen.

„Frieden ist nur zu erreichen durch Gerechtigkeit gegenüber den Völkern, durch Abrüstung und weltweite Demokratisierung, Rüstung tötet schon im Frieden“, so das Credo von *Wolfgang Gehrke*, *MdB DIE LINKE*, in seinem Grundsatzbeitrag.

*Tommy Spree*, Leiter des Berliner Friedensmuseums, berichtete mit Lichtbildern über das Leben seines Großvaters, der das Museum gegründet hatte. Sein Fazit: „Persönliches Engagement und Solidarität sind Fundament des Friedenskampfes.“

Die Direktorin der Musikschule Eisenhüttenstadt, *Ludmilla Hypius*, gehört mit immerhin 96 Jahren zu den Initiatoren des Symposiums: „Musik ist ein vorzügliches Mittel der Verständigung für alle Völker. Alle verstehen sie.“

Die kulturvolle und zugleich streitbare Diskussion entzündete sich unter anderem am Beitrag von *Rüdiger Fischer*, Jugendoffizier der

Bundeswehr. „Soldaten können keinen Frieden schaffen, aber sie sind stabilisierender Faktor und ermöglichen so die Tätigkeit von Hilfsorganisationen“, bemerkte er und bekannte sich zu Einsätzen unter UN-Mandat.

Der einigende Grundgedanke des ersten Oderland-Friedenssymposiums war, trotz mancher Kontroverse: Der Frieden muss Krieg, Ausbeutung und Menschenverachtung besiegen. Im Ergebnis der vielstündigen, niemals ermüdenden Aussprache, kamen die Teilnehmer zu dem grundlegenden Schluss: Der Friedensbewegung kommt die Aufgabe zu, die Politik zu fordern und sie zu bewegen, Krisen zu verhindern, bzw. durch die Beseitigung ihrer Ursachen, Konflikte politisch zu lösen. Die Forderung nach Abrüstung solle in der Europäischen Verfassung verankert werden, Kriegsverherrlichung muss tatsächlich unterbunden werden. Projekte und offene Gespräche im nationalen und internationalen Rahmen sind wichtig, um das Friedensengagement jedes Einzelnen zu befördern. Dieses erste Symposium soll der Auftakt sein für weitere Veranstaltungen dieser Art. *Mechtild Tschiersky*, die Leiterin des „Friedenshauses“ und Organisatorin des Symposiums, wünschte allen „ein weites Herz, kluge Gedanken und ein Wiedersehen im Mai des Jahres 2008 hier im Europäischen Begegnungszentrum am Zusammenfluss von Oder und Neiße“ *Elvira Strauß*

Zu folgenden Themen sind Gespräche im Friedenshaus geplant:

■ 28. August 2007  
Alternativen zum Neoliberalismus

■ 1. Sept. 2007  
Welfriedenstag

■ 27. Nov. 2007  
Zum gegenwärtigen Zustand unserer Gesellschaft



## Der lange Atem kurzbeiniger Lügen

Spannend liest sich das neue Buch von Ralph Hartmann. Nicht sehr umfangreich ist es, sein Inhalt jedoch wiegt schwer.

„Die DDR unterm Lügenberg“ ist beim Verlag Ossietzky in Hannover erschienen. Der Autor, durch mehrere politische Sachbücher (u.a. „Die Liquidatoren“) und von seinen Beiträgen in der Zweimonatszeitschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft „Ossietzky“ bekannt, setzt sich kritisch mit Propagandalügen auseinander. Sachkundig und faktenreich macht er zum Beispiel deutlich, dass die Gleichsetzung des faschistischen deutschen Staates mit der DDR so alt und abgenutzt ist wie die Bundesrepublik. Der politisch Interessierte weiß das, findet in diesem Buch aber kurze, präzise

und überzeugende Aussagen. Ebenso verhält es sich mit den Themen „Stasifolter und Stasiterror“, „Der verordnete Antifaschismus“. Mit dem Beitrag „Staatsdoping – Ursache des Sportwunders DDR“ wendet sich Hartmann einem höchstaktuellen Problemkreis zu. Es klingt fast wie ein Bonmot, wenn er den „Experten“ Giselher Spitzer zitiert: „Man kann Staatsdoping auch als schweres Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewerten.“ Aufschlussreich, wie sich ein gewisser Rainer Eppelmann als Doping-Fachmann geriert. Eben dieser Eppelmann gilt ohnehin als SED-Diktatur-Experte. Und dass er im Antifaschismus der DDR nur den „verordneten“ sieht, kann nicht anders sein, denn Stallgeruch wird

man so einfach nicht los. Hartmanns Gedanken, dass die viel gepriesene „friedliche Revolution“ in der DDR eindeutige Kennzeichen einer Konterrevolution nicht zu verbergen vermag, ist zu folgen.

Ein kurzweilig zu lesendes Buch entstand, im handlichen Format. Gut in die Jackentasche ist es zu stecken und immer dann herauszuholen, wenn Kolporteuern die Wahrheit unter die Nase gerieben werden muss. Hervorragend scheint dieses Buch geeignet für, wie es im Umschlagtext heißt: „Bürger in Ost und West ...“, die die Deutsche Zweistaatlichkeit sehr unterschiedlich erlebt haben, wie auch für ihre Kinder und Enkel, die ein Recht auf die historische Wahrheit haben.“

*Gerhard Hoffmann, Frankfurt (Oder)*



Ralph Hartmann  
Die DDR unterm  
Lügenberg  
Verlag Ossietzky,  
Hannover 2007,  
120 Seiten, 10 €. ISBN  
3-9808137-3-8



# Otto Häuser, unser Ottokar Domma, ist tot

Otto Häuser, Schriftsteller und einer von uns, verstarb am 15. Juli im Alter von 83 Jahren im Woltersdorfer Krankenhaus. Eine Woche später, am 24. Juli, kamen sie zu hunderten auf den Friedhof seiner Heimatgemeinde Schöneiche, auch aus Berlin und von weiter her. Sie alle wollten dem Schöpfer des braven Schülers Ottokar die letzte Ehre erweisen. Schon mit seinen Geschichten wird er uns unvergessen bleiben. Doch das wahre Leben setzte ihm zu Lebzeiten noch einen drauf, ganz Ottokar gemäß.



Die Ehrenbürgerschaft Schöneiche war ihm verwehrt geblieben, doch es wurde der 2. August 2006 als er aus der Hand von Ministerpräsident Platzeck in Potsdam das Bundesverdienstkreuz überreicht erhielt.

Nachfolgend, heute oder später, bleibt es den Volksvertretern von Schöneiche nicht erlassen, einer Strasse ihres Ortes, oder noch besser einer Schule den Namen Otto Häuser zu verleihen, ihm und seinem Schüler Ottokar zur bleibenden Erinnerung.

Ich als Mensch und ich als Pionier

Von Irma Traud Gutschke

1924 in Sankow bei Karlsbad geboren, ist Otto Häuser wegen Aufsässigkeit gegenüber Nazilehrern in der 9. Klasse der Schule verwiesen worden; er hat den Krieg als Soldat erlebt, wurde Neulehrer, später Schulleiter, Oberstudienrat, Redakteur. Er wollte ein neues, ein sozialistisches Deutschland. Was seinem Ideal nicht gemäß war, schmerzte ihn. Aber der Otto hatte den Ottokar zur Seite, der ihm half, und umgekehrt.

„Der brave Schüler Ottokar“ hob bereits 1967 sein kluges Köpfchen, um den Erwachsenen mal die Meinung zu sagen. Die freuten sich darüber sehr, denn Kindermund tut bekanntlich Wahrheit kund ...

... Ottokar – „das Früchtchen“ (1970), „der Weltverbesserer“ (1973), „der Gerechte“ (1978), „der Schalk“ (1983), „der Philosoph“ (1989) – ist ein Kind der DDR, auch wenn er später „die neuen Deutschen“ (1991) kennenlernte, zur „Spottdrossel“ (1993) (nebenstehender Text, red.), gar zum „Fernsehstar“ (1994) avancierte, in die Gesamtschule wechselte und ein „Schlitzohr“ (1996) blieb. aus „ND“, 17. 7. 07

Lieferbar über ND-Bücherservice, (030) 29 78 17 77: „Das dicke Ottokar-Buch“ I u. II, „Erinnerungen eines Großvaters“, mehrere CDs und Einzelbände.



Der brave Schüler Ottokar (fünf Vignetten: Karl Schrader) und sein literarischer Vater (Zeichnung von Otto Häuser: Harald Kretzschmar)

## Ottokar Domma ANDERE ZEITEN, ANDERE ANREDEN

So höfliche Briefe wie heute bekam man zu DDR-Zeiten nicht. Heute ist jeder, der sich als männliches Geschlecht ausweisen kann, ein „sehr geehrter Herr“. Wer sich etwas dabei denkt, dem geht es wie Öl runter, wer nicht, der nimmt es eben so hin. Andere Zeiten, andere Anreden. Im „sehr geehrten“ kommt doch allerhöchste Achtung, sogar Bewunderung zum Ausdruck, auch wenn es sich um eine Entlassung, Steuerermahnung, Strafandrohung, Exmittierung oder eine andere schlechte Mitteilung handelt. Man ist eben doch sehr geehrt, das mildert den Schmerz und die Wut.

Früher war man nur ein „werter Herr oder Kollege ...“ Auch so eine Verschönerung. Ob er was wert war und wenn, wieviel, das herauszufinden, hat keiner sich darum bemüht. Aber immerhin, der Herr war etwas wert. „Sehr wertvoller Herr“ hat niemand geschrieben. Wie sollte er auch. Wer besaß schon Ölquellen. Immobilien oder eine Bank? Mein Sparkonto wäre es auch nicht wert, mich so anzusprechen.

„Lieber Herr“, das schrieb man öfter. Aber das konnte auch zweideutig sein und auf ein eindeutiges Liebesverhältnis hinweisen. Außerdem, woher will man wissen, daß der so Angesprochene auch lieb ist? Es kann auch ein Ekel wie Motzki oder ein Heiratsschwindler sein. Wenn mich völlig Unbekannte so anreden, kann ich in Versuchung kommen, das Gleiche zu tun, und die Lüge ist perfekt.

Ich war schon mißtrauisch, als ich einmal zu Pionierzeiten folgenden Zettel zugeschoben bekam: „Lieber Pionier Ottokar, warum warst Du nicht auf unserer letzten Pionierversammlung? Wir erwarten Deine Stellungnahme!“ Wenn ich gewußt hätte, daß es die letzte Versammlung sein sollte, wäre ich natürlich gekommen. Aber die Anforderung, gleich in Stellung zu gehen, mit Anschlag, Zielerfassung und gestrichener Kimme nebst Korn, das wäre was geworden!

„Teure Genossen!“, das hörte sich schon besser an. Mein Vater gehörte nicht zu dieser Gehaltsklasse. So teuer war er nicht. Aber die Entwicklungshelfer aus der Treuhand sind teuer.

Viel teurer! Doch rede sie mal mit „teurer Herr“ an, die kriegen das glatt in den falschen Hals.

Es ist schwer, hier ein richtiges Maß zu finden. Wenn einer von mir etwas will, dann bin ich ein Lieber. Darauf könnte ich sogar reinfallen. Wenn einer von mir etwas erwartet, bin ich ein Werter, das weckt mein Mißtrauen. Wenn einer mich sehr verehrt, Vorsicht! Falle! Wenn einer mich als „teurer Genosse“ einstufen würde, dann wäre ich in der falschen Partei.

Ja, wie soll man sich denn anreden? In meinem Alter und bei sich duzenden Erwachsenen ist das kein Problem. Wenn ich zum Beispiel den Schweine-Sigi mit „na, du alter Knallkopf“ anspreche, fühlt er sich sogar geehrt. Man kann bei Freunden, die man kennt, auch „lieber“ davorsetzen, aber

dann muß man auch begründen, warum, damit es nicht als Lüge aufgefaßt wird. Bei Freunden aus der ehemaligen Sowjetunion kostete das keine Kopfschmerzen. Das war überhaupt die beste Lösung. Man schrieb: „Guten Tag, Aljoscha!“, fertig. Heute müßte man schreiben: „Gute Nacht, Zar Jelzin!“ Der würde sich auch nichts dabei denken. Bei Geschäftsleuten kann man auf den persönlichen Namen verzichten, da schreibt man einfach die Firma hin. Bei Kommunalpolitikern nur die Postenbezeichnung, zum Beispiel: „Herr stellvertretender Ordnungsamtsreferendar“ oder so.

Bei höheren Beamten: Eure Exzellenz oder Prominenz. Eminenz, Magnifizienz, Militarenz, Korpulenz, Pestilenz und so. Bei allerhöchsten staatstragenden Persönlichkeiten einfach „Sir“ plus Name, oder auch ohne Name, das ist die verschärfte Form. „Seine Majestät“ ist zwar ein bißchen veraltet, aber manche Bürgermeister, Amtsvorsteher, Bürochefs, Vorgesetzte und sonstige Herrlichkeiten fühlten sich mit dieser Anrede auch sehr geehrt. Handwerker nicht mehr, die kennen nur noch Könige, und das sind wir.

Soll nur ein Vorschlag sein, aber bitte immer höflich anreden, auch wenn dir eine ganz andere Anrede auf der Zunge liegt. Unter Gewissenszwang schneide sie dir lieber ab, und du hast keinen Arger.

Über die Anreden der weiblichen Geschlechter ein anderes Mal, die muß ich noch untersuchen.

## LINKE Termine in Oder-Spree

### August

- 29., 11 Uhr, Beeskow, Mauerstr. 11  
DIE LINKE eröffnet ihr neues Büro in Beeskow. Mit Lothar Bisky (MdB), Stefan Sarrach (MdL), die als Abgeordnete künftig auch an diesem Ort ihre Bürgerbüros offen haben.
- 30., 16 Uhr, Eisenhüttenstadt, Lindenallee 30, „Rotes Café“  
Ausstellungseröffnung „LeseZeichen“ – politische Collage zur Zeit des Berliner Künstlers Dieter Eckhardt
- 31., 19 Uhr, Erkner, Friedrichstraße 58, Kino Movieland  
Dokumentarfilm über Dean Reed „Der rote Elvis“, mit Regisseur Leopold Grün, MdB Lothar Bisky, MdL Renate Adolph

### September

- 1., 10–24 Uhr, Strausberg, Prötzeler Chaussee 7, „Alter Gutshof“ – 17. Strausberger Friedensfest
- 1., 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße, „Zur alten Brauerei“  
Hoffest der LINKEN in Fürstenwalde am Weltfriedenstag, mit dem Gundermann-Programm „Immer wieder wächst das Gras“ des Liedermachers Jörg Bogadtke und der Gruppe kiltyfanad – irische, bretonische und skandinavische Musik. Am Abend Film „Ich war 19“ von Konrad Wolf.
- 5., AG Senioren Fürstenwalde, Fahrt: Ernte in Markendorf  
Informationen über DIE LINKE Kreisgeschäftsstelle
- 15., 12 Uhr, Berlin, Treffpunkte: Alexanderplatz/Rotes Rathaus, Abschlußkundgebung: Brandenburger Tor/Straße des 17. Juni – Demonstration „Frieden für Afghanistan. Bundeswehr raus.“
- 26., 13.30 Uhr, Beeskow, Mauerstr.28, Stadtbibliothek  
Seniorentreff, Gast: Prof. Lothar Bisky, MdB und Vorsitzender der Partei DIE LINKE

### Oktober

- 5., 17 Uhr, Schöneiche, Schloßkirche  
DIE LINKE feiert am Vorabend ihrer Gründung im Oder-Spree-Kreis öffentlich, Gast MdB Jan Korte, Moderation Hanno Hanisch, Film „Bye, bye PDS“
- 6., 9–14 Uhr, Schöneiche, Schloßkirche  
1. Tagung der 1. Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE in Oder-Spree, Gast MdB Dr. Gesine Löttsch

## Filmtipp „Der rote Elvis“



Als man am 17. Juni 1986 Dean Reed tot aus einem See zieht, tritt eine der geheimnisvollsten Ikonen des Kalten Krieges von der Weltbühne. Dean Reed war befreundet mit Salvador Allende und Yasser Arafat, protestierte auf der ganzen Welt gegen Militär-Regimes und den Vietnamkrieg, drehte Spaghettiwestern in Italien, tourte als erster Amerikaner durch die Sowjetunion, sang Country-Schlager im DDR-Fernsehen und ließ sich mit Maschinengewehr im Libanon ablichten.

Der Dokumentarfilm des Dresdner Regisseurs Leopold Grün porträtiert differenziert und mitreißend das Leben und die Zeit des amerikanischen Sängers und Sozialisten. Er zeichnet sein Wirken und Leben in der DDR, aber auch in Chile, der Sowjetunion und den USA nach und scheut sich dabei nicht, Widersprüche und Probleme aufzuzeigen. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kunst und Politik geben Auskunft über ihre Begegnungen mit Dean Reed – darunter Armin Mueller-Stahl und Egon Krenz.  
**31. August 2007, 19 Uhr, Erkner, Kino Movieland.**  
Mit Leopold Grün, Lothar Bisky und Renate Adolph.

## Alles öffentlich im Kreistag LOS

### Sitzungen August/September 2007

#### DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentliche Fraktionsitzungen: 18.9., 19 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7

Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43

E-Mail: [emk.pooch@t-online.de](mailto:emk.pooch@t-online.de)

#### Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen 29.8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 30.8., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Haushalts- und Finanzausschuss 3.9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss Eigenbetrieb-Rettungsdienst 6.9., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 12.9., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite <https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp> entnehmen.

#### Kreistag Oder-Spree

26.9., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenhaus

### DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle  
Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde

Tel. (0 33 61) 3 30 69

Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail [kontakt@linke-oder-spree.de](mailto:kontakt@linke-oder-spree.de)

geöffnet Mo, Mi, Do 9–12, 13–17 Uhr

Di 9–12, 13–19 Uhr

Fr 9–13 Uhr

Kasse Di 13–17 Uhr, Do 9–12 Uhr

## Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im September



- |  |  |
|--|--|
| 60. Manuela Bober, Woltersdorf   | 83. Marianne Fritsch, Eisenhüttenstadt; Kurt Neubert, Erkner |
| 70. Bernhard Szepek, Woltersdorf   | 84. Edith Höfer, Eisenhüttenstadt                            |
| 75. Günter Kaufke, Beeskow;<br>Hans-Joachim Schüler,<br>Eisenhüttenstadt | 85. Werner Genger,<br>Eisenhüttenstadt                       |
| 80. Johannes Kussatz, Beeskow  | 87. Willi Pegert, Eisenhüttenstadt                           |
| 82. Konrad Groß, Eisenhüttenstadt  | 91. Bernhard Jur, Beeskow                                    |

#### IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,

Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,

E-Mail: [kontakt@linke-oder-spree.de](mailto:kontakt@linke-oder-spree.de), V.i.S.d.P.: Stephan Wende

Redaktion: Peter Hochmuth, Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: [Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de](mailto:Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de);

Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000

Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de)

Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder.

Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.



# Bundeswehr raus aus Afghanistan

Im Herbst 2007 steht die Abstimmung über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan auf der Tagesordnung. Die Bundeswehr beteiligt sich mit dem Einsatz „Operation Enduring Freedom“ (OEF), der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) und Tornados an dem Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende der drei Bundeswehreinmärsche, denn ihre Bilanz ist verheerend.

1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.

Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten. Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund: Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmassnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfgel-

der, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.

Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-Regime. Hamid Karsai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen. Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, die die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – tut alles, um deren Interessen zu schützen.

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden.

Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht

verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern, um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

**Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Deshalb demonstriert DIE LINKE am 15. September um 12 Uhr zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin (Alex).**



**Christine Buchholz**  
Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE  
• 1971 in Hamburg geboren • freiberufliche Redakteurin, Assistentin für Behinderte • Betriebsrätin • aktiv in Studentenbewegung und Antinazi-Arbeit • aktiv in der globalisierungskritischen Bewegung • Mitglied bei ver.di, Linksruck und Attac

**17. STRAUSBERGER Friedensfest**

**1. September**  
10.00–24.00 Uhr

**ALTER GUTSHOF**  
Strausberg  
Prötzel Chaussee 7

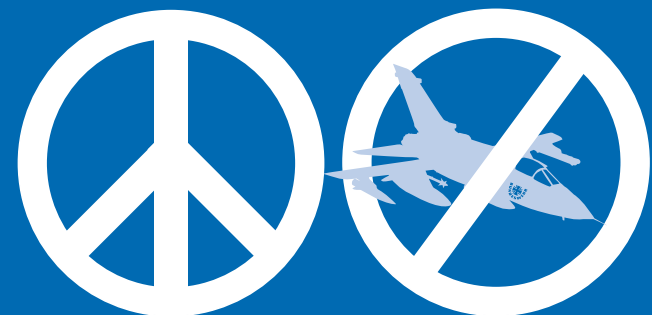
**DIE LINKE.**

- „Wie grün muss die Linke sein?“ mit Renate Adolph, Susanne Götze u.a.
- „Daseinsvorsorge in der modernen Kommune“ mit Lutz Amsel, Wolfgang Heinze, Helmuth Markov, Gernot Schmidt
- „Leitbild für Brandenburg und die Kommunalverfassung“ mit Thomas Nord, Wolfgang Heinze
- „Vorsicht! Geschichtsfälscher am Werk!“ mit Klaus Höpcke
- „RETOR RELDA“ – Landtägliches Kabarett mit Kerstin Meier und Peer Jürgens
- „Bella ciao“ – Musikalische Lesung mit Diether Dehm

- „Die Linke betritt die Bühne“ Talk mit Lothar Bisky, Thomas Nord
- Frieden in Europa? Talk mit Gerlinde Stobrawa, Sarah Wagenknecht, Diether Dehm
- Das Wirken der Bundestagsgruppe in Brandenburg, Dagmar Enkelmann, Kerstin Kaiser, Kirsten Tackmann, Thomas Nord

Gisela Steineckert, Jürgen Reents, Ernst Röhl, Thomas Bruhn, Heinz G. Stuckmann, Alfred Müller & Solveig Müller, Bärbel Röhl, Tobias Morgenstern, Kerstin Kaiser und Jörg Kokott, Fanfarenzug Strausberg, Tanzgruppe „OUTFACED“, Folkloregruppe „Rumpelstolz“, „Fercher Obstkistenbühne“, „VERBALE FAUST“ – Bunte Farben gegen braunen Dunst

# FRIEDEN FÜR AFGHANISTAN. BUNDESWEHR RAUS.



## DEMONSTRATION

GEGEN DIE VERLÄNGERUNG DER BUNDESWEHREINSÄTZE

**15. 9. / BERLIN**

BEGINN 12 UHR ALEXANDERPLATZ / ROTES RATHAUS  
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG BRANDENBURGER TOR / STRASSE DES 17. JUNI  
SPENDEN: FRIEDENS- UND ZUKUNFTSWERKSTÄTTE, BL.Z 500502.01, KFDNR.2000.81.292, STICHWORT 'AFGHANISTANDEMO'



DIE LINKE denkt über den Erhalt von Arbeitsplätzen nach – eine Diskussion zwischen gespürter Ohnmacht, kämpferischen Worten und klugen Analysen

## Wer etwas erreichen will, muss kämpfen!

„Die Bauern brauchen einen vernünftigen und fairen Preis. Derzeit erhalten sie nur 26 Cent pro Liter Milch,“ so Lothar Bisky (MdB, DIE LINKE) in der aktuellen Milchpreis-Debatte. „Aber eine Abzocke der Verbraucher sollten sich diese nicht gefallen lassen“, sagt er, der die Milch-Verarbeiter kritisierte. „Die nehmen auch was mit.

Und der Handel, der setzt da noch einen drauf nach dem Motto: wenn es denn schon etwas mehr sein muss für die Bauern ... dann nehmen wir doch noch mal auch ein großes Stück vom Kuchen. Und das geht so nicht.“ Keinen Zweifel kann es nach Biskys Worten daran geben, dass die Milchbauern bessere Bedingungen erhalten. Höhere Preise für die Bauern seien gerechtfertigt. „Die zahlen seit vielen Jahren drauf.“

Wenn von einer Aufbesserung für sie von zehn Prozent die Rede sei, so sei das immer noch zu wenig. Sie bräuchten eigentlich 40 Cent, sagte Bisky. Für den Verbraucher würde das eine Preiserhöhung um maximal 20 Prozent bedeuten, aber von bis zu 50 Prozent Preisaufschlag für Milchprodukte, das sei „völlig ungerechtfertigt“.

Fotos: MOZ/GMD/  
Karl-Heinz Arendsee

An dem Abend in Beeskow wird schnell klar, dass es auf die Frage keine schnellen Lösungen gibt. Erst recht keine einfachen. Was können die LINKEN tun, fragt Edelgard Liebscher, die Vorsitzende der LINKEN in Beeskow. „Aufklärung. Wir müssen über die Hintergründe von Entscheidungen informieren. Und Alternativen aufzeigen.“ Also Schweinereien als Schweinereien benennen. Und von diesen gibt es in diesen Tagen in Beeskow einige.

### „Milch ist unsere Welt“

– mit diesem Slogan wirbt die Humana Milchunion. Zu dieser Welt gehörte auch die Beeskower Molkerei. Das Aus des Standortes zum Februar nächsten Jahres ist beschlossen. Dabei steigerte die Humana ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 3,4 Prozent auf 2,93 Milliarden Euro wie gerade vor der Presse verkündet. Das vor allem weil man bei Humana „den Weg des konsequenten strategischen Wachstums“ geht. „Dadurch ist es möglich, Synergien [...] im wirtschaftlichen Sinne auszuschöpfen“ erläutert das Unternehmen. In den Beeskower Standort müsse erneut investiert werden und in Beeskow gebe es perspektivisch zu wenig Milch zu verarbeiten.

### „Alles Unfug!“

... meint dagegen Wolfgang Lang, Neumitglied der LINKEN in Beeskow, und verweist auf die Brüsseler Milchquote. „Die Dinge werden immer auf den Kopf gestellt, wenn das Kapital es will. Warum hier nicht? Wenn mehr Milch gebraucht wird, muss die Milchquote erhöht werden. Dann gibt es wieder genügend Milch.“ Eine gute Frage. Die Milchbauern der Region stellen sie auch. Das die Dinge ganz einfach liegen, erklärt Bodo Kruse. Der Gewerkschafter des Glunz-Werkes war bei den Protesten der Milchwerker dabei und

hat „die solidarischen Grüße“ der Kollegen überbracht. In Gewerkschaftskreisen machen ganz andere Schließungsgründe die Runde. Am neuen Standort in Gransee, wohin die Produktion verlagert wird, hat nämlich die Landesregierung noch mal drei Millionen Euro Förderung für die Humana in Aussicht gestellt. Und die Kollegen in Oberhavel bekommen einen Stundenlohn von 7,50 Euro anstatt der 10 Euro in Beeskow. Günstige Mitnahmeeffekte sind das zumindest. Vielleicht auch strategische Synergieeffekte.

### Elf Molkereien gab es zu DDR-Zeiten im Bezirk Frankfurt (Oder)

Alle hatte viel zu tun. Sie stimmten sich untereinander ab – Ringmolkerei nannte man das. Aus Beeskow kam die Fruchtschulmilch. Milch aus der Region für die Region. Sinnvoll, oder nicht? Würde doch die teuren Milchtransporte reduzieren? Doch da müsste der Handel mitspielen, besonders die Discounter. „Können wir bei der Genehmigung von Discountern, diese nicht an eine regionale Produktpalette binden?“ denkt Karin Niederstrasser laut nach. Sie ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Beeskow.

Überhaupt die Discounter. Sie spielen eine große Rolle im Milchmonopoly. Sie bestimmen die Milchpreise, sie organisieren den Druck auf die Milchverarbeiter und Milchbauern.

In Beeskow hilft diese Diskussion nicht mehr. Hier wurde gekämpft – und verloren. „Die Molkerei gehört

zu Beeskow wie der Dicke Turm“, sagt der Seniorenbeiratsvorsitzende Kurt Herlitschka.

Es sei eine „Riesensauerei“, dass die Milchwerke dichtgemacht werden. Die Kreisstadt werde mehr und mehr demontiert. „Es ist wieder ein Unternehmen, dass es in Ostbrandenburg trifft, immer wieder Rückschläge. Den Leuten wird das Gefühl gegeben, dass sie am Rand der Welt leben“, so der in Beeskow aufgewachsene Landtagsabgeordnete Stefan Sarrach.

Doch sie geben nicht auf, die LINKEN in Beeskow. Sie klären auf über die wahren Hintergründe der Schließung. „Das müssen die Menschen doch wissen, wenn sie das nächste Mal wieder wählen gehen.“ Die Milchpolitik in Brüssel und Berlin ist von Politikern gemacht worden, ihre Entscheidungen haben hier vor Ort diese Konsequenzen. „Und auch der Bürgermeister hat sich nicht blicken lassen“, sagt Edelgard Liebscher leise.

### Mindestlohn muss kommen

Das Lohn- und Leistungsdumping verheerend ist, dass wird klar an diesem Abend. Auch die Erpressbarkeit der Arbeiter im Angesicht der vielen Arbeitslosen in unserer Region. Der Mindestlohn als wirksames Instrument im Kampf gegen Lohndumping muss kommen, sind sie sich einig in Beeskow und verabschieden sich schon zur nächsten Straßenaktion für den Mindestlohn.

Stephan Wende

